

klimaNEUtral: Verschärfung des Emissionshandels sichert die Erreichung der EU-Klimaziele bis 2050

Bundesländer müssen jetzt rasch Schritte in Richtung Klimaneutralität 2040 setzen, damit die Bevölkerung keine hohen CO2-Preise bezahlen muss

St. Pölten, 28.4.2023 – Der europäische Rat hat einen sehr bedeutenden Beschluss über den Klimaschutz in Europa gefasst. „Mit der Reform des EU-Emissionshandels für die E-Wirtschaft und Industrie sowie der Ausweitung auf den Verkehr, das Gewerbe und die Gebäude wird die Einhaltung der EU-Klimaziele erstmals wahrscheinlich“, begrüßt Erwin Mayer, Sprecher der Plattform klimaNEUtral das Ende eines mehrjährigen EU-Gesetzgebungsverfahrens und fordert die Bundesländer auf, die Bevölkerung dabei zu unterstützen, das fossile Zeitalter hinter sich zulassen und damit die steigenden CO2-Kosten nicht mittragen zu müssen.

Mit dem reformierten Emissionshandelssystem wird die jährliche Emissionsreduktion verdoppelt und mit über 4% die Zielerreichung der Klimaneutralität 2050 sichergestellt. Der Preis für die CO2-Emissionen ist aber von den Anstrengungen der Mitgliedsstaaten und in Österreich auch von den Bundesländern abhängig. „Je früher wir aus fossilen Heizsystemen und Verbrennern im Verkehrsbereich aussteigen, desto weniger werden wir für CO2-Emissionen bezahlen müssen“, betont Mayer. Bei weiterhin hohen CO2-Emissionen in den Bundesländern könnten für die Österreicher:innen CO2-Preise in der Höhe von 200-300 Euro/t CO2 anfallen. Für die sozial gerechte Rückführung der Mittel wurde ein nach oben mit 65 Mrd. Euro gedeckelter Sozialfonds geschaffen. Sollte der CO2-Preis sehr hoch werden und damit hohe Einnahmen für die Mitgliedsstaaten lukrieren, sollten diese für Unterstützungen für einkommensschwache Haushalte verwendet werden.

Das Ziel der Plattform klimaNEUtral und der amtierenden Bundesregierung, nämlich die Klimaneutralität bis 2040, wird von einigen Bundesländern wie z.B. Kärnten unterstützt. „Will Österreich die Klimaneutralität 10 Jahre vor der EU erreichen, muss entweder die nationale CO2-Bepreisung auch in einen echten nationalen Emissionshandel übergeführt werden oder ein national festgelegter, ansteigender CO2-Preis auf den europäischen CO2-Preis aufgeschlagen werden. Das könnte auch Teil eines österreichischen Klimaschutzgesetzes sein, das von den Bundesländern unterstützt wird.“

Diese hohen CO2-Preise bilden eine Art „Sicherheitsnetz“ zur Erreichung der Klimaschutzziele. Will Österreich diese abwenden, müssen erneuerbare Energien in allen Bundesländern rascher ausgebaut werden, thermische Gebäudestandards stark angezogen, der Heizungstausch hin zu erneuerbarer Energie rechtzeitig geboten und ausreichend hoch subventioniert werden. Außerdem sollten alle Verbrenner-Rettungs-Fantasien rasch beendet werden. Hier haben gerade die Bundesländer einen Handlungsspielraum, den sie so rasch wie möglich nutzen sollten. „Wer jetzt noch den Ankauf von CO2-intensiven Technologien verbal oder finanziell unterstützt, setzt die Wirtschaft und die Haushalte sehr hohen CO2-Preisen ab 2028 aus“, schließt Mayer.

Rückfragehinweis: Mag. Erwin Mayer, Plattform „klimaNEUtral 2040“

Tel.: +43 664 2700441, office@klimaneutral2040.at